

Tagungsbericht zum Kolloquium

„Wieviel Wahrheit verträgt der Mensch? Aktenumgang und Elitenwechsel im internationalen Vergleich“

8. – 10. September 2000

Siegfried Hollitzer, (Erstabdruck in: Horch&Guck, 9. Jahrgang, Heft 30, Seiten 66-68)

Als Teil des dezentralen EXPO-Projekts „Leipzig. Den Wandel zeigen“ hatte das Leipziger Bürgerkomitee e.V. vom 8. – 10. September 2000 zu einem internationalen Demokratie-Kolloquium in die „Runde Ecke“ eingeladen, präziser gesagt: in den ehemaligen Kinosaal des MfS. Die Tagung stand unter der Schirmherrschaft des sächsischen Ministerpräsidenten Prof. Kurt Biedenkopf. Nur etwa 60 Gäste aus dem In- und Ausland hatten sich – trotz intensivster Werbung durch die Veranstalter – zur Wochenendtagung angemeldet. Das zeugte von entmutigendem Desinteresse für ein brisantes Thema. Selbst die Medien fehlten weitgehend und verpaßten somit die Gelegenheit, Menschen zu Multiplikatoren brennender Probleme werden zu lassen. Über das Generalthema „Aktenumgang und Elitenwechsel im internationalen Vergleich“ spachen etwa 20 hochkarätige Referenten aus dem Baltikum, aus Ex-Jugoslawien, Südafrika, Chile und Deutschland. Sie berichteten vom politischen Umbruch in ihrem jeweiligen Heimatland und über die Aufarbeitung diktatorischer Hinterlassenschaften in Form von Geheimdienstakten. Gleichrangig erörterten sie die Frage, ob ein Elitenwechsel bei ihnen tatsächlich umfassend stattgefunden hat oder ob die Mächtigen partiell gleichsam überwintern konnten.

Eröffnet wurde das Kolloquium durch den Leipziger Kirchenhistoriker Prof. Dr. Kurt Nowak. Er zitierte den Züricher Kulturphilosophen Hermann Lubbe mit seiner schönen Formulierung, daß man die Vergangenheit nicht beschweigen dürfe. Und er führte aus, daß Zukunft nur zu gewinnen ist, wenn das Gestern nicht vergessen wird.

Der Rechtsstaat darf nicht darauf verzichten, die überwundene Diktatur rechtsstaatlich aufzuarbeiten und praktische Konsequenzen zu ziehen.

Anschließend hielt *Gerd Poppe*, Beauftragter für Menschenrechte und humanitäre Hilfe der Bundesrepublik Deutschland, das Eingangreferat. Er betonte, daß die Rehabilitierung der Opfer und die Bestrafung der Täter wichtigstes Ziel der Aufarbeitung sein müssen. Deutschland genieße dabei den Vorteil, daß die DDR ihr Unrecht besser dokumentiert habe als alle übrigen Staaten. Ohne Aufarbeitung kann es keine Versöhnung geben, und diese wiederum ist ohne die Wahrheit nicht möglich. Merkwürdigerweise kam weder bei ihm noch bei den nachfolgenden Diskutanten der Begriff „Wahrhaftigkeit“ ins Spiel.

Poppe plädierte lebhaft für einen Strafgerichtshof mit Machtbefugnis. Doch dessen Arbeitsfähigkeit ist erst dann hergestellt, wenn 60 Staaten die Satzung der Institution ratifiziert haben. Bisher haben das leider nur 21 getan. Am nächsten Tage allerdings wurde die Anregung von *Poppe* von den Teilnehmern des Kolloquiums aufgenommen. Unter Federführung von *Manfred Kittlaus* wurde eine Resolution formuliert und schließlich (mit einer Stimmenthaltung) verabschiedet. Sie fordert die internationale Staatengemeinschaft zu weiteren Unterschriften auf, damit jener internationale Strafgerichtshof möglichst bald in die Lage versetzt wird, Menschenrechtsverletzungen weltweit zu untersuchen und zu ahnden (siehe S. 220).

Für den Abend hatte Oberbürgermeister *Wolfgang Tiefensee* zu einem Empfang ins

Neue Rathaus eingeladen. Er betonte, daß Leipzig als Stadt der Friedlichen Revolution besonders verpflichtet sei, den gewaltlosen Wechsel zur Demokratie auch in anderen Ländern zu unterstützen. Und er begrüßte das Engagement des Bürgerkomitees in dieser Hinsicht.

Am nächsten Tag stellten die Referenten dar, wie in ihrem jeweiligen Heimatland *nach dem Sturz der Diktatur mit den Akten des alten Regimes umgegangen wurde*. Die Voraussetzungen waren sehr verschieden:

In Lettland befinden sich leider gar keine Geheimdienst Dokumente mehr, denn die ehemaligen „Besatzer“ haben sie bei ihrem Abzug zurück nach Rußland genommen. Nur eine (vergessene?) Kartei mit den Namen von 4.500 Agenten fiel den Letten in die Hände. Das Fehlen sämtlicher Unterlagen behindert natürlich die Wahrheitsfindung beträchtlich; denn allein eine empirische wissenschaftliche Forschung und die breite Rezeption ihrer Ergebnisse könnten zur gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit beitragen. Etwa 7.000 Bürger des Landes verübten offenen Verrat am Nächsten, indem sie unliebsam gewordene Nachbarn den sowjetischen Behörden auslieferten. Auch solche Vorgänge rufen nach einer unselektierten Aufklärung, nach einem *Umdenkungs- und Umschulungsprozess*.

In Ex-Jugoslawien sind entsprechende Materialien zwar vorhanden, aber die meisten von ihnen wurden mit einer Sperrfrist von 30, mitunter sogar von 40 Jahren belegt. Diese Einschränkung begünstigt vor allem die Täter und benachteiligt die Opfer; denn deren Entschädigungsansprüche lassen sich ohne Akten kaum nachweisen.

In Chile gab es keine Akten, die übergeben werden konnten. Statt dessen sucht man bis heute nach den Gräbern der von der Militärdiktatur zu Tode Gefolterten und nach den Vielen, die unter dem Pinochet-Regime verschwunden sind. Das Gedächtnis an sie soll immer lebendig bleiben. Deshalb verwandelte man die „Villa Grimaldi“, ehemals gefürchtete Zentrale des

Bösen, in einen Erinnerungspark. Aber auch die Erziehung zur Demokratie, etwa durch neue Schulbücher und eine verbesserte Pädagogik, ist eine vordringliche Aufgabe. Dazu muß man – laut Alicia Frohmann, Beraterin des chilenischen Außenministeriums – von den Erfahrungen anderer Gesellschaften lernen und eng mit ausländischen Kollegen zusammenarbeiten, die ähnliche Probleme zu bewältigen haben wie Chile. Auch Kontakte zu entsprechenden Organisationen, etwa in Deutschland, müssen vertieft werden. Damit aber sei man schon auf gutem Wege. Noch stellt die Bevölkerung von Chile eine sehr in sich gespaltene Gesellschaft dar, und es wird lange Zeit dauern, bis die Risse in ihr zu heilen beginnen. Doch allmählich wird sich die Erkenntnis durchsetzen, daß die Wahrheit ebenso wichtig ist wie die Gerechtigkeit. Leider sitzen die meisten Schuldigen nicht im Gefängnis, sondern sind amnestiert.

Die aus Südafrika angereisten Referenten konnten eine gewisse Enttäuschung nicht verbergen, daß die einst so enthusiastisch begrüßte Arbeit der Wahrheits- und Versöhnungskommission nicht den erwarteten Erfolg gebracht hat. *Verne Harris*, Vicedirektor am Südafrikanischen Nationalarchiv, meinte, das alte Apartheid-Regime habe noch genügend Zeit gebunden, Akten zu beseitigen. Selbst 1996 wurden noch wichtige Dokumente vernichtet. Durchaus problematisch scheint die Handhabung der Amnestie zu sein. Dieser Gnadenakt nämlich setzt in Südafrika nicht zwangsläufig Schuldeingeständnis und Reue des Täters voraus, geschweige denn ein rechtskräftiges Urteil der Gerichte. Damit freilich verliert die Amnestie ihren Sinn, und sie fördert auch nicht die angestrebte nationale Einheit. Im Gegenteil. Die Opfer fühlen sich erneut als Verlierer; denn die Amnestie kann leicht, wie es das Leipziger Bürgerkomitee einmal aus anderem Anlaß formulierte, zur Amnesie führen, zum Vergessen des Unrechts.

Die deutschen Vertreter des Kolloquiums lobten zwar sehr die Tätigkeit der sogenannten „Gauck-Behörde“, bemängelten

aber eine unzureichende Aufarbeitung durch die Justiz. Im Jahre 1999 z.B. seien nur 22 Täter bestraft worden. *Konrad Weiß*, ehemals Mitglied des Bundestages, plädierte heftig für den Versuch einer Wiedergutmachung an den Opfern. Leider stünden die Täter oft mehr im Mittelpunkt des Interesses als die Opfer. In dieser Hinsicht sind Defizite zu beseitigen.

Am Abend wurde der in der EuroArts Filmproduktion GmbH hergestellte Dokumentarfilm „Protest der Stille“ gezeigt. In einem fast dialogisch inszenierten Wechsel von Interviews mit damals Beteiligten und Ausschnitten aus einem wunderbaren Gedenkkonzert von 1999 sind Archivaufnahmen von den Ereignissen des Leipziger Herbstes 1989 zu sehen. Das emotional sehr bewegende Video weist auch – etwa in der Sequenz mit den brennenden Kerzen – ausgesprochen meditative Momente auf.

Am letzten Tag des Kolloquiums stand der *Elitenwechsel* in den verschiedenen Ländern zur Debatte. Die radikalste Veränderung in Südafrika, so referierte Prof. *Lovell Fernandez*, fand auf politischem Gebiet statt. Jetzt sitzen auch Farbige und Frauen im Parlament. Trotzdem ist die politische Emanzipation noch wenig wert. Die Opfer sind Opfer geblieben und leben oft in erbärmlichen Verhältnissen. Kaum Wechsel gab es im Verwaltungsapparat, weil bisher nur die Weißen über die nötigen Qualifikationen verfügen. Eine neue Elite muß nun erst ausgebildet werden. Im Wirtschaftsbereich hat sich bloß in geringem Maße etwas verändert. Er wird nach wie vor von den Weißen dominiert, in deren Händen sich auch das Kapital befindet.

In Chile fand der Elitenwechsel auf politischem Terrain nur bedingt statt. Das Wahlsystem z.B. bietet auch Nichtgewählten die Chance als ernannte Senatoren im Parlament zu bleiben. In der Wirtschaft liegt die Macht nach wie vor bei Pinochet-Anhängern. In der Wissenschaft geht die Ablösung alter Kader nur zaghaft voran. Das Militär hat seine Vorrangstellung noch

nicht geräumt (obwohl die Militärs am Dialog-Tisch zum ersten Male eingestanden haben, daß unter ihrer Herrschaft die Menschenrechte mit Füßen getreten wurden). Im Justizressort fanden tiefgreifende Reformen statt. So hat im August der Oberste Gerichtshof die parlamentarisch Immunität von Pinochet aufgehoben. Chiles Wandel zur Demokratie geht also schleppend voran, aber das Maß des Möglichen erweitert sich stetig und die Geschichte ist ja ein Kontinuum. So konnten die chilenischen Vertreter das Fazit ziehen: Die Elite in ihrem Lande wurde nicht, sie hat sich verändert.

Die Vertreter der Baltischen Staaten – etwa *Valdis Birkavs*, 1993 Premierminister der Republik Lettland – setzen große Hoffnungen auf jene Exilanten, die unter sowjetischer Herrschaft ins westliche Ausland geflohen waren und nun voller Ideale in ihre alte Heimat zurückkehrten. „Man kann keine neuen Eliten wünschen, ohne nicht vorher die Gesellschaft verändert zu haben.“ Das lettische Außenministerium mußte nach dem Abzug der Russen bei Null beginnen. Probleme werfen das fehlende Bildungsbürgertum auf und die mangelhaft funktionierende Bildungspolitik. Das Hochschulwesen ad exemplum wird nur mit ausländischer Hilfe aufgebaut. Viele Lehrer wechseln in andere Berufe über, weil ihr Verdienst nicht ausreicht.

Paole Kalinic, Parlamentsabgeordneter in Kroatien, sagte pointiert, die Elite seines Landes gleiche einer alten Puppe in neuen Kleidern. Wichtig sei deren Kontrolle, ergänzte Dr. *Matej Makarovic* aus Slowenien.

Prof. Dr. *Hans-Ulrich Derlien*, Lehrstuhlinhaber für Verwaltungswissenschaft in Bamberg, erklärte, daß 1990, nach der Vereinigung, die Spitzenkräfte des Ostens in Politik, Verwaltung und Justiz in rasantem Tempo ausgetauscht worden seien. Das wäre allerdings zunächst nur durch „Importe“ aus den alten Bundesländern möglich gewesen.

An dieser Stelle kam es zu einer Kontroverse über die Frage, wer denn eigentlich

zur Elite gehöre. Prof. *Derlien* meinte, die Wissenschaft habe die Grenzen bei der Begriffsdefinition sehr eng gezogen. In der ehemaligen DDR rechne sie nur mit etwa 800 Leuten, die dieser Kategorie zuzuordnen seien. Das schien den ostdeutschen Teilnehmern des Kolloquiums arg untertrieben. In den anschließenden Gruppengesprächen wurde der Vorschlag unterbreitet, statt von Angehörigen der Elite von Funktionsträgern zu sprechen.

Zurückblickend auf jene drei Tage, die das Leipziger Bürgerkomitee mit großem persönlichem Einsatz vorbereitet hatte, wird man resümieren müssen: Die Veranstaltungen schenkten allen Anwesenden wichtige Einsichten und Impulse.

Doch die intensiven Begegnungen am Wochenende erbrachten nicht bloß einen er-

staunlichen Wissenszuwachs, sondern auch die Bestätigung einer alten Erfahrung: Je besser man sich gegenseitig kennenlernt, desto größer wird das Verständnis füreinander. Natürlich beschreiten die Völker sehr verschiedene Wege in die Zukunft, aber wenn sie alle das gleiche Ziel verfolgen, nämlich die bleibende Demokratisierung ihres Landes, verbindet solche Gemeinsamkeit stark. Hautfarbe und Religionszugehörigkeit werden plötzlich nebensächlich und allein der Mensch in seiner Würde steht im Vordergrund. Diese Einsicht ist ein probates Mittel gegen jede Ausländerfeindlichkeit. Daß das Bürgerkomitee, vielleicht ganz unbeabsichtigt, diese Erkenntnis förderte, ist nicht der geringste Erfolg seines bemerkenswerten Kolloquiums.

Neuerscheinung

Barbara Schäfer

**Grundrechtsschutz durch das Verfassungsgericht des Landes
Brandenburg**

(Studien zu Grund- und Menschenrechten, Heft 6), November 2000

ISSN 1435-9154, 28 S., 10.- DM

Bürgerkomitee Leipzig e.V.
für die Auflösung der ehemaligen
Staatssicherheit (MfS)
Dittrichring 24
Postfach 10 03 45
D-04003 Leipzig

Tel. 0341/9612443
Fax: 0341/9612499
e-mail: mail@runde-ecke-
leipzig.de

Leipzig, den 10.09.2000

RESOLUTION
des Internationalen Demokratie-Kolloquiums
“Wieviel Wahrheit verträgt der Mensch?”
in Leipzig

Vertreter aus Chile, Südafrika, Kroatien, Slowenien, Estland, Lettland und Deutschland trafen sich vom 8. bis 10. September 2000 in Leipzig, um die verschiedenen Ansätze von Vergangenheitsbewältigung und Elitenwechsel nach dem Ende von Diktaturen zu untersuchen. Die internationalen Teilnehmer stellen übereinstimmend fest, dass in ihren Ländern Akten in großem Umfang vernichtet wurden oder nicht zugänglich sind. Dies erschwert die Wahrheitsfindung massiv.

Die Würde der Opfer wird verletzt, weil Verbrechen gegen die Menschlichkeit ungenügend aufgeklärt werden und verschleiert bleiben. Die Täter entgehen vielfach ihrer angemessenen Strafe, sind oft in die neue Funktionselite übergewechselt, pflegen und nutzen weiterhin ihre Privilegien - auch um frühere Unterdrückung in neuer Form fortzusetzen. Oft tun sie dies unter dem Schutz und unter Ausnutzung demokratischer Rechte.

Weltweit sind Menschenrechte konkret und latent gefährdet. Die Untersuchungsergebnisse zeigen, dass nationales Strafrecht nicht ausreicht, um staatlichen Rechtsbruch und staatlich organisierte oder geduldete Menschenrechtsverletzungen zu verhindern.

Der Schutz der Menschenrechte und die Strafverfolgung sind internationale Aufgaben. Internationales Strafrecht ist ein wesentliches Mittel zum Schutz der Menschenrechte. Diese müssen durch den internationalen Strafgerichtshof durchgesetzt werden. Bisher haben 14 Staaten die Satzung des Gerichtshofs ratifiziert.

Die Teilnehmer des Demokratie-Kolloquiums fordern die internationale Staatengemeinschaft auf, politisch, rechtlich und finanziell umgehend die Arbeitsfähigkeit dieser Institution herzustellen.

Buchanzeige

Hollitzer, Tobias / Bohse, Reinhard:

Heute vor 10 Jahren. Leipzig auf dem Weg zur Friedlichen Revolution

Leipzig, InnoVatio Verlag, 2000, ISBN: 3-906501-42-6

Kurze Inhaltsangabe

Das Buch entstand in Anlehnung an die gleichnamige Veranstaltungsreihe, die das Bürgerkomitee Leipzig 1999 organisierte. Es enthält Vorträge, die um einen wissenschaftlichen Apparat ergänzt wurden und neue Einblicke in die Geschichte der Friedlichen Revolution gewähren. Der Autor sichtet bislang unausgewertetes Material und gewann so neue, wissenschaftlich fundierte Erkenntnisse über die Ereignisse des Jahres '89 in Leipzig. Bisher unbekannte Fakten treten auch in den verschriftlichten Wortbeiträgen der Podiumsdiskussionen zu Tage. Eine umfangreiche Dokumente- und Fotosammlung ergänzt den Band und macht ihn zu einer quellenreichen Grundlage für künftige Forschungen.